



Brüssel, den 3. Mai 2016
(OR. en)

8338/16

Interinstitutionelles Dossier:
2013/0141(COD)

AGRI 209
PHYTOSAN 9
AGRILEG 56
CODEC 533

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.: 9574/13 - COM(2013) 267 final
Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen
–*Politische Einigung*

I. EINLEITUNG

1. Die Kommission hat dem Europäischen Parlament und dem Rat am 6. Mai 2013 den im Betreff genannten Vorschlag¹ übermittelt, der sich auf Artikel 43 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union stützt.
2. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahme am 10. Dezember 2013 vorgelegt; der Ausschuss der Regionen hat dem Rat am 13. Januar 2014 mitgeteilt, dass er nicht beabsichtigt, eine Stellungnahme abzugeben.

¹ Dok. 9574/13.

3. Das Europäische Parlament hat seinen Standpunkt in erster Lesung am 15. April 2014 festgelegt². Dieser Standpunkt wurde anschließend von dem neu gewählten Parlament bestätigt und Frau Anthea McINTYRE, ECR (UK) als Berichterstatterin bestimmt.
4. Zwei nationale Parlamente haben Stellungnahmen zur Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegt³.
5. Nach der vorbereitenden Arbeit der Gruppe "Pflanzenschutz" (Schutz und Kontrolle), der Gruppe der Generaldirektoren/Leiter der Pflanzenschutzdienste und der Gruppe der Agrarreferenten und -attachés/ Pflanzenschutzexperten hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter dem Vorsitz auf seiner Tagung vom 30. Juni 2015 das Mandat⁴ erteilt, Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufzunehmen.
6. Im Anschluss an einige technische Sitzungen und informelle Trilogie unter luxemburgischem Vorsitz wurde am 16. Dezember 2015 in einer Trilogsitzung eine vorläufige Einigung über einen Kompromisstext erzielt⁵. Der Kompromisstext wurde am 18. Dezember 2015 vom Ausschuss der Ständigen Vertreter gebilligt.
7. Der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments hat am 3. Mai 2016 ein Schreiben an den Präsidenten des Ausschusses der Ständigen Vertreter gerichtet; darin wird ausgeführt, dass er dem Plenum empfehlen werde, den Standpunkt des Rates ohne Abänderungen in zweiter Lesung des Parlaments – vorbehaltlich der Überprüfung durch die Rechts- und Sprachsachverständigen – zu billigen, falls der Rat seinen Standpunkt in erster Lesung im Einklang mit dem obengenannten Kompromisstext festlegt.
8. Daher wird der Ausschuss der Ständigen Vertreter ersucht, dem Rat zu empfehlen, dass er die politische Einigung über den Verordnungsentwurf in der in Addendum 1 zum vorliegenden Dokument wiedergegebenen Fassung auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt bestätigt⁶.

² Dok. 8307/14.

³ Dokumente 11870/13 und 12254/13.

⁴ Dok. 10108/15 REV 2.

⁵ Dok. 15142/15 + ADD1, Dok.15143/15.

⁶ Die förmliche Annahme des Standpunkts des Rates erfolgt nach der Überarbeitung des Textes durch die Rechts- und Sprachsachverständigen.